

Platzj abbeck

Nr. 7, 25. September 2008

DIE LINKE.KÖLN



Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Öffentliche Aufträge: Ohne Lohndumping, aber mit Ausbildungs- plätzen!

SPD und Grüne haben einen Antrag zum kommunalen Vergaberecht gestellt. Künftig soll die Verwaltung wirksam sicherstellen, dass nur solche Produkte beschafft werden, die ohne Kinderarbeit hergestellt sind. Diesen Antrag wird DIE LINKE natürlich unterstützen, doch er geht uns nicht weit genug.

Öffentliche Aufträge müssen in Deutschland meist an den billigsten Anbieter vergeben werden. Es wird zwar in der Ausschreibung gefordert, dass allgemeinverbindliche Tariflöhne gezahlt werden müssen. Doch ob das tatsächlich eingehalten wird, wird nur stichprobenartig geprüft. Außerdem muss nicht mehr der ortsübliche Tarif bezahlt werden. So kann z. B. eine Baufirma aus Ostdeutschland auf einer Kölner Baustelle auch nur den ostdeutschen Tariflohn bezahlen. Zudem gibt es Branchen außerhalb des Baugewerbes, in denen es keine flächendeckenden Tarifverträge gibt.

weiter auf Seite 3

Mobilisierungsveranstaltung gegen den Rassistenkongress erfolgreich

Am 11. September hatte Fraktion und Partei zu einer Veranstaltung gegen den sog. Anti-Islam-Kongress geladen. 60 Mitglieder und Interessierte waren dem Aufruf nachgekommen. Im ersten Teil, in dem es um Hintergrundinformationen gegen rechts ging, klärte Jürgen Peters vom Antifaschistischen Bildungsforum Rheinland über die Verbindungen von „Pro NRW“ und „Pro Deutschland“ auf und skizzierte die wahlpolitischen Ziele, die mit dem Kongress verfolgt werden. Bernard Schmid, Jurist in einem Antirassismus-Büro in Paris, bettete den Kongress anhand der Geschichte des rechtsextremen französischen Front National in einen europäischen Kontext ein. Schließlich klärten Mitglieder des Blockadebündnisses über die Strategien der Kongressgegner auf.

Breiter Protest bringt Rassisten- kongress zu Fall

Köln zeigte „pro Köln“ und ihren braunen europäischen Kameraden die rote Karte

Großmäulig von „pro Köln“-Chef Markus Beisicht als eine „Veranstaltung von Rechts“, die „die Bundesrepublik so noch nie gesehen hat“ angepriesen, stellte sich dies in Bezug auf den lange angekündigten „Anti-Islam-Kongress“ als braunes Wunschenken heraus. Die vielen Initiativen, die sich im Vorfeld aus Protest gegen den „Kongress“ von „pro Köln“ gebildet hatten, konnten am Wochenende und besonders am Samstag, den 20. September, eine Wirkung entfalten, die sie zu einem Vorbild für Aktionen gegen Rechtsaußen auch in anderen Städten machen könnte. Einige dieser Initiativen wurden bereits in der letzten Ausgabe des „Platzj abbeck“ vorgestellt.

Mit einer machtvollen Demonstration, die am Samstag Morgen von der Auftaktkundgebung auf dem Roncalli-Platz bis zum lautstarken Abschluss der Manifestation auf den Gürzenich zog, wurde ein Zeichen gegen die reaktionäre Hetze der Rechtspopulisten gesetzt. Daran konnten auch eine in

Flammen aufgegangene Bahn-Signalanlage an der Rhein-Sieg-Strecke zwischen Troisdorf und Köln oder widersprüchliche Angaben über die Fahrten der S-Bahnen innerhalb unserer Domstadt selbst nichts ändern: Über 50.000 Kölnerinnen und Kölner und Demokraten und Antifaschisten aus dem Umland sowie ganz Europa versammelten sich auf der Straße und den genannten öffentlichen Plätzen.

Der ohnehin guten und kommunikativen Stimmung während des Demo-Zugs war die Moderation der Auftaktkundgebung durch den Kabarettisten Heinrich Pahl gewiss zuträglich. Aber er fand auch ernste Worte. Er machte klar, dass überall wo Menschen in ihren Rechten, wie z.B. dem sozialen Menschenrecht auf gesellschaftlichen Zugang, durch Maßnahmen wie Hartz-IV beschnitten werden, braunem Gedankengut eine Einfallsmöglichkeit geboten wird. Ein breites Spektrum, bei dem unsere Partei und Bundestagsfraktion mit den



ARBEITER
FOTOGRAFIE
Info:
www.arbeiterfotografie.com

Internetadresse: +++ www.linksfraktion-koeln.de +++ www.linksfraktion-koeln.de

MDBs Hüseyin Aydin (Duisburg), Sevim Dagdelen (Bochum) und Ulla Lötzer (Köln) prominent vertreten war, vernahm zudem unter anderem das Grußwort des belgischen antifaschistischen Widerstandskämpfers Michel Vanderborght, der aus gesundheitlichen Gründen leider nicht anwesend sein konnte. Seinen Part übernahm daher Ulrich Schneider von der VVN-BdA.

„pro Köln“-Schlappe am Heumarkt

Die Solidarität mit der Demonstration in der Bevölkerung war groß und das Motto „Köln stellt sich quer“ daher keine Anmaßung. War bereits am Freitag „pro Köln“s

Versuch einer „alternativen Stadtrundfahrt“ durch „Multikulti-Problemviertel“ grandios gescheitert, wurde am Samstag mit großer Freude die Nachricht aufgenommen, dass sich Taxi- und Bus-Fahrer weigerten, „pro Köln“ und ihre eurofaschistischen Kameraden vom Flughafen weg zu transportieren, sodass die Braunen dort festsäßen. Derweil wurde die Kundgebung des rassistischen Häufleins, welches sich auf dem blockierten Heumarkt zum „Kongress“ versammeln konnte, von der Polizei kurzfristig aus sicherheitstechnischen Gründen aufgelöst: Ein voller Erfolg aller demokratischen Kräfte!

Zwischen den Klängen von Wolfgang Niedecken's BAP, weitere Bands und dem bundesweit bekannten Kabarettisten Wilfried Schmickler, trug der Linksfractionsvorsitzende im Kölner Stadtrat, Jörg Detjen, mit einer Rede (siehe Seite 3) zur Kundgebung bei und brachte seine zuversichtliche Hoffnung auf weitere, erfolgreiche antifaschistische Bündnisse in der Zukunft zum Ausdruck.

*Phillip Becher
studiert Sozialwissenschaften und
Geschichte an der Universität Siegen und
macht gerade ein Praktikum bei der
Ratsfraktion.*

Der groß angekündigte „europäische Anti-Islamisierungskongress“ geriet für den Veranstalter „Pro Köln“ zum peinlichen Debakel. Schon Freitag morgen musste „Pro Köln“ samt Vertretern der österreichischen FPÖ, dem belgischen Vlaams Belang und der italienischen Lega Nord die Pressekonferenz an Bord des Ausflugsschiffes „Moby Dick“ auf dem Rhein abhalten, da alle angekündigten Veranstaltungsräume an Land umstellt wurden. Im Stadtteil Nippes trafen sich 400 Menschen, in Rodenkirchen waren 200 Demonstranten vor Ort. Den Zugang zum Ausflugsschiff hatten sie sich erschlichen, indem sie sich als ein „gemütliches Beisammensein von Rechtsanwältinnen“ dargestellt hatten.

Das Schiff musste früher ablegen, da die AntifaschistInnen zeitgleich mit der Presse dort eintrafen. Die Medienvertreter und Faschisten, die es an Bord schafften, mussten dort fünf Stunden ausharren, weil sämtliche Anlegeplätze besetzt waren.

„Pro Köln“ hatte angekündigt, eine „Stadtrundfahrt durch Kölns multikulturelle Problemviertel“ zu machen. An den „Problemvierteln“ hatten sich in Mülheim 100, in Kalk 200 und vor der Ehrenfelder Moschee 400 Menschen versammelt, um die Nazi-Tour zu blockieren. Die Polizei sah keine Möglichkeit, die „Stadtrundfahrt“ durchzusetzen und verbot diese mit der Begründung, es sei eine Provokation.

Überall wurde den Rechten gezeigt, dass sie nicht erwünscht sind: die Taxifahrer weigerten sich, die gestrandeten Funktionäre vom Rheinufer abzuholen. Aus Gaststätten und Hotels flogen sie per Sonderkündigung raus, sobald klar wurde, wer sich dort eingemietet hatte. In den Tagen zuvor gab es viele Veranstaltungen in Kneipen unter dem Motto „Kein Kölsch für Nazis“.

Das entscheidende 2:0 fingen sich die Faschisten am Samstag, als ihre Kundgebung mit geplanten 1.500 Teilnehmern sich im Nichts auflöste. Gerade 50 ihrer Anhänger schafften es bis zum Heumarkt in der Kölner Innenstadt, 150 Leute warteten am Flughafen darauf, dass der Weg zum Heumarkt frei würde. Rund um den Heumarkt hielten die Blockaden, an denen sich die LINKE., die Linksjugend [„solid“], die „Interven-

Kein Nazi kommt durch

tionistische Linke“, Attac, die DGB-Jugend, MigrantInnen-Organisationen, Antifa-Gruppen und viele weitere Gruppen und Einzelpersonen beteiligten. Insgesamt dürften 8.000 bis 10.000 an den Blockade-Aktionen in der Innenstadt, an der Deutzer Brücke, dem Deutzer Bahnhof und an der S-Bahn-Verbindung zum Flughafen beteiligt gewesen sein.



An den Blockadepunkten war die Stimmung hervorragend. Es gab Reden, Sprechchöre und die umherziehende Karnevalstruppe der „Bunten Funken“, die kölsche Lieder antifaschistisch umdichtete: „Die Blockade geht weiter, kein Nazi kommt durch ...“

Spaltung bekämpfen

Das ist allerdings kein Grund Entwarnung zu geben. Das rassistische Gift, ob als Hetze gegen Flüchtlinge oder als „Anti-Islamismus“ wirkt unabhängig davon, ob „Pro Köln“ sich aufbauen kann. Die Aktionen gewalttätiger Neonazis in NRW nehmen eher zu, es gab wiederholte Anschläge auf linke Büros in Dortmund und Aachen. Auch Köln ist keineswegs immun gegen Rassismus, das zeigen allein die Stimmen und Unterschriften für „Pro Köln“.

Auf der Grundlage des sozialen Niedergangs, der Frustration und Passivität besteht die Gefahr, dass sich Menschen in den armen

Vierteln auf das bisschen zurückziehen, was ihnen geblieben zu sein scheint: ihr „Deutschsein“, ihr „Türkentum“ oder sie schließen sich reaktionär-religiösen Strömungen an.

Diese Spaltung schadet unserem gemeinsamen Kampf gegen den Sozialabbau, gegen Lohn-Dumping und Hartz IV. Die permanente Ethnisierung von Themen – zum

Beispiel der katastrophalen Bildungssituation – lenkt von den wirklichen Ursachen der Missstände ab. Wir brauchen die Perspektive eines gemeinsamen sozialen Kampfes. Die bürgerlichen Kräfte, die sich als Vorkämpfer gegen den Rassismus aufspielen, können dabei keine Verbündeten sein, denn sie sind für die soziale Krise verantwortlich und wollen die Angriffe auf die arbeitenden und armen Menschen weiter vorantreiben.

„Pro Köln“ mag zurückgeschlagen sein. Doch auch die liberalen Medien verbreiten immer wieder Zerrbilder vom Islam, reden von angeblich un-

überbrückbaren Unterschieden zwischen Muslimen und Deutschen. Das ist das Prinzip „teile und herrsche“. Diese bürgerliche Islamophobie muss auch von der Linken bekämpft werden.

In diesem Land gibt es tatsächlich eine Parallelgesellschaft: die Parallelgesellschaft der Kapitalbesitzer, die immer reicher werden, auf Kosten der großen Masse, die für weniger Geld mehr arbeiten soll oder ganz aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen wird. Wenn einem der Lohn gekürzt wird oder man auf der Straße sitzt, ohne Ausbildungsplatz, ohne Zukunft, dann ist es egal, ob man an Gott oder Allah glaubt oder welche Nationalität im Pass vermerkt ist.

Die sogenannten „kleinen Leute“, die ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen und einfachen RentnerInnen, müssen gemeinsam für ihre Interessen aufstehen, unabhängig von Herkunft und Religion.

Claus Ludwig

Rede von Jörg Detjen auf der Kundgebung „Köln stellt sich quer!“

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

als Mitglied im Rat der Stadt Köln muss ich mir seit 2004 immer wieder die Hetzreden von „pro Köln“ anhören.

Auf der einen Seite werden Minderheiten in unserer Stadt angegriffen, übelst beschimpft und diffamiert. Auf der anderen Seite schleimen sich diese Rechtsextremen mit seichten Anträgen an und tun so, als ob sie eine rechtskonservative Partei seien. Mit ihrer Anti-Islam-Kampagne haben sie sich vor der ganzen Stadt demaskiert und ihre Hetze in nie da gewesener Form gesteigert:

Sie haben die Muslime und den Islam – eine große Glaubensgemeinschaft in unserer Stadt – generell zum Feind erklärt. Sie hatten vor einigen Wochen einen offenen Holocaustleugner zu ihrer Veranstaltung eingeladen. Der kommt jetzt nicht mehr, dafür ein Mann von der Lega-Nord, der wegen eines Brandanschlags auf ein Einwanderer-Lager einschlägig verurteilt wurde.

Verharmlosung des Holocaust, Verherrlichung von Gewalt gegen Einwanderer und die Stigmatisierung einer Religionsgemeinschaft sind unerträglich. Das lassen wir uns nicht gefallen. Wir stellen uns quer. Wir stellen uns vor und an die Seite von Minderheiten in dieser Stadt.

„Pro Köln“ hat eine Vorgeschichte. 1989 sind die gleichen Leute unter dem Namen „Republikaner“ mit 7,4 % in den Stadtrat eingezogen. Und schon damals hetzten sie z.B. gegen die Sinti und Roma. Der ein oder andere erinnert sich vielleicht an das Steckbriefplakat gegen eine Roma-Frau.

Als 1992 Anschläge auf Flüchtlingslager ausgeübt wurden, stand Köln auf und demonstrierte. So wie heute! Und dieser Protest hat Wirkung gezeigt. Bei der Kommunalwahl 1994 erhielt die Nachfolgeorganisation Deutsche Liga nur noch 2 Prozent. Danach hat sich Manfred Rouhs mit

seinem rechtsextremen Verlag aus dem Staube gemacht und zog nach Eschweiler. Nach wenigen Jahren wurde er dort zur unerwünschten Person und kam zurück nach Köln.

Bei der Kommunalwahl 1999 erhielt er dann 0,1 % und die Republikaner 1,2 % also noch mal weniger. Protest und Widerstand hat Erfolg!

Erst 2004, unter dem unscheinbaren Namen „pro Köln“ konnte sich wieder eine rechtsextreme Partei im Kölner Rat etablieren. Seit dieser Zeit hetzen sie im Rat und in den Ausschüssen gegen Migranten und Migrantinnen, gegen Schwule und Lesben, ja, gegen alle gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, die nicht in ihren dumpfbackenen Horizont passen. Und dem müssen wir jetzt ein Ende setzen.

Diese Protestdemonstration ist der Beginn einer breiten Kampagne von uns allen, dass Nazis im Kölner Stadtrat keine Chance haben. Lasst uns gemeinsam parlamentarisch und außerparlamentarisch dafür sorgen, dass „pro Köln“ keine Fraktion mehr im Kölner Rat stellen kann. Städtische Gelder dürfen nicht weiter missbraucht werden für rechtsextreme Propaganda.

Wir müssen in den Veedeln breite antifaschistische Bündnisse bilden. Vor Ort müssen wir mit den Menschen reden. Sie müssen erfahren, was das für rechtsextreme Schleimer und Demagogen sind.

Deshalb: Nazis raus aus den Köpfen – Gemeinsam sind wir Köln!



Lohndumping, Fortsetzung von Seite 1

Ein neues Tariftrüegegesetz – das alte wurde von der schwarz-gelben Landesregierung abgeschafft – scheitert am EU-Recht. Es würde die Bezahlung von ortsüblichen Löhnen zur Voraussetzung für einen öffentlichen Auftrag machen. Erst im April dieses Jahres wurde Niedersachsen dazu gezwungen, sein landesweites Tariftrüegegesetz zu kippen. Seitdem ruhen die entsprechenden Bestimmungen auch im Berliner Gesetz. Deswegen möchte DIE LINKE, dass Bundes- und Landesregierungen ihren Einfluss auf die EU ausüben, um Tariftrüegegesetze wieder möglich zu machen.

Im Moment ist ein Gesetzentwurf der Bundesregierung in den Bundestag eingebracht, der zumindest für einzelne Aufträge erlaubt, weitere Kriterien in die Ausschreibungen mit einzubeziehen. Das können „soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte sein, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen“. DIE LINKE möchte nun, dass die Verwaltung ein Konzept ausarbeitet, wie so etwas aussehen kann. Der Spielraum, den das Gesetz bietet, muss bis ins Kleinste ausgenutzt werden!

Eine weitere Forderung bezieht sich auf Ausbildungsplätze als Vergabekriterium. Das Land Berlin sieht es ausdrücklich vor, dass Unternehmen bevorzugt den Zuschlag erhalten, „die Ausbildungsplätze bereitstellen, sich an tariflichen Umlageverfahren zur Sicherung der beruflichen Erstausbildung oder an Ausbildungsverbänden beteiligen.“

Auch hier muss die Landesregierung endlich tätig werden. Erst wenn es eine Regelung auf Landesebene gibt, kann die Stadt Köln in ihren Ausschreibungen genauso verfahren.

Bei Redaktionsschluss war noch nicht klar, inwieweit unser Antrag eine Mehrheit findet.

Andrea Kostolnik

Wir stellen uns quer: Breiter Protest und vielfältiger Widerstand

Seit Monaten bereitete das DGB-Bündnis und das Bündnis gegen „pro Köln“ einen breiten und vielfältigen Protest gegen die „Anti-Islam-Konferenz“ vor. Vor allem dem DGB und seinem Vorsitzenden Wolfgang Uellenberg-van Dauen sei an dieser Stelle gedankt. Er hat ein breites Bündnis ermöglicht. Auch wenn es zwei Aufrufe gab, die inhaltlich nicht weit auseinander lagen, stimmte man sich über die Aktivitäten ab. Klar

war, das DGB-Bündnis demonstriert vom Roncalliplatz an den Heumarkt und das Blockade-Bündnis verriegelt die Straßen in der Altstadt. Jeder sollte das tun, was er vertreten kann. Dass eine solche Abstimmung möglich war, lag auch am Motto: „Wir stellen uns quer“ wurde inhaltlich von Vielen vertreten. Das war übrigens über viele Jahre das Motto von linken, antifaschistischen Kräften, verbunden mit einem

Logo, auf dem ein Blumentopf auf einen Nazi fällt.

Der antifaschistische Protest in Köln war so breit wie lange nicht. Die einen standen für die Menschenkette, die anderen für die Blockade als zivilem Ungehorsam. Das ist eine neue Qualität des Protestes. Dass schlussendlich so Viele kamen, lag daran, dass alle sehr aktiv waren und dass die Kölner Musikszene sich ebenfalls einschaltete. Jörg Detjen

Am 19. Juni startete das große Verwirrspiel von NRW-Verkehrsminister Wittke: Zunächst erklärte er, dass der Bund nur Mitspielen würde, wenn er seine Anteile frei, d.h. auch an Private veräußern könne. Kommune, Verdi und das Flughafenpersonal schlugen sofort Alarm. Und es war glatt gelogen, wie eine Anfrage der Kölner Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer von der LINKE ans Licht brachte.

Dann redete Wittke Klartext: Das Land wolle eine private Mehrheit und zumindest

eine kommunale Mehrheit am Flughafen verhindern, damit die Kommune keine neuen Schritte in Richtung Nachtflugbeschränkungen unternehmen könne.

Umso überraschender kam auf der Veranstaltung der von Staatssekretär Koslowski verkündete Teilrückzug der Landesregierung, die nun nicht mehr die kommunale Mehrheit verhindern will.

Neben dem Druck der Beschäftigten mag dazu beigetragen haben, dass sich zwischen der Bürgerinitiative gegen Fluglärm

und der Politik eine Kompromisslinie abzeichnet, die weniger Fluglärm und den Erhalt der Logistikarbeitsplätze am Flughafen zusammenbringt: „Nachtflüge im Personenverkehr bleiben verboten, für die notwendigen Frachtflüge werden leisere Maschinen eingesetzt“, fasst Jörg Detjen diese Entwicklung zusammen. Damit die Landesregierung nicht wieder in den Privatisierungswahn zurückfällt, bleibt Druck aus der Region nötig.

Yesim Yesil-Bal

Kölner Krankenhauskonferenz:

Der Deckel muss weg!

Gleichzeitig mit der Kölner Ratssitzung demonstrieren heute in Berlin zehntausende Krankenhausbeschäftigte unter dem Motto ‚Der Deckel muss weg‘ für eine bessere Finanzierung der Krankenhäuser.

In Köln hatten die Kollegen besonders der Uni-Klinik und der städtischen Kliniken mit einer Vielzahl von Aktionen und Betriebsversammlungen mobilisiert und am 4.9. zu einer ‚Kölner Krankenhauskonferenz‘ geladen. An der Podiumsrunde Kölner Abgeordneter nahm dort für DIE LINKE die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer teil.

Gemeinsam mit dem deutschen Städtetag, der deutschen Krankenhausgesellschaft und weiteren Akteuren des Gesundheitswesens hat die Gewerkschaft ver.di die Kampagne „Der Deckel muss weg“ ins Leben gerufen: Denn bundesweit wurden bis 2006 allein im Pflegebereich 50.000 Stellen abgebaut, und trotz dieses Kahlschlages schätzt eine Studie des RWI jedes fünfte Krankenhaus aufgrund der Bilanzergebnisse von 2006 als insolvenzgefährdet ein. Für Ende 2008 sieht die Studie mit 34 % sogar mehr als jedes dritte Krankenhaus im akut gefährdeten roten Bereich.

Die Kölner Städtischen Kliniken sind zwar wirtschaftlich gesund, doch wie die öf-

fentlichen Kliniken insgesamt stecken sie in einer doppelten Finanzierungs-klemme: Zum einen gibt es seit 15 Jahren den ‚Deckel‘, eine Obergrenze der Kostenerstattungen der Krankenhäuser, die weder den Preissteigerungen noch den steigenden Tarifierhöhungen des öffentlichen Dienstes entsprechend angehoben wurden. Zum anderen gibt es aufgrund der Sparpolitik des für die Finanzierung von Investitionen zuständigen Landes, das seiner Verantwortung für den Erhalt öffentlicher Krankenhäuser als Grundbestandteil der Daseinsvorsorge seit Jahren nicht gerecht wird, allein in NRW einen Investitionsstau von rund 14 Milliarden Euro.

Handlungsbedarf sahen auf dem Podium nicht nur Ulla Lötzer, sondern auch die grüne Landtagsabgeordnete Andrea Asch, der SPD-Abgeordnete und Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, der im Bundestag gegen die jüngste Gesundheitsreform der großen Koalition gestimmt hatte, und sogar Konrad Schilly von der FDP, der aber mehr für sich sprach als für seine Partei. Das neoliberale Standardargument der aus Gründen des internationalen Wettbewerbs nötigen Senkung der Lohnnebenkosten vertrat hingegen nur die Kölner



CDU- Abgeordnete Ulla Heinen.

An der Seite der Beschäftigten und ihrer Forderung nach einer Kopplung der Krankenhausfinanzierung an die Tarifierhöhungen des öffentlichen Dienstes stand Ulla Lötzer für die LINKE alleine, während bei den anderen Parteienvertretern die vom Klinik-Geschäftsführer Prof. Leititis vertretene Management-Strategie Sympathien fand, Investitionen mit einer höheren Arbeitsbelastung des Personals zu finanzieren.

Wolfgang Lindweiler

20 Jahre Städtepartnerschaft Köln-Wolgograd

Leben an der Wolga früher und heute – so lautete der Titel der Veranstaltung, zu der der Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Wolgograd und die Stadt Köln am Freitag, dem 12. September in das Kölner Filmhaus geladen hatten. Dem Eintretenden bot sich ein wunderschön russisch geschmückter



Raum, aus dem ihn tausend große und klei-

Film „Küss mich ganz fest“: Frauen, die

ne Matrjoschka-Augen liebevoll anblickten. Drei russische Dokumentarfilme, mit internationalen Preisen ausgezeichnet, wurden gezeigt, die das wechselvolle Leben der Menschen an der Wolga zeigten. Besonders eindrucksvoll der

tagsüber Schwerarbeit verrichten, singen sich abends in einem Chor in ihre Träume, mit denen sie ihrem Alltag entfliehen. Zwei weitere Filme sorgten für angeregte Diskussionen: Ein sehr persönliches kurzes Musikvideo und ein bundesdeutscher Film über Wolgograd aus den Zeiten des Kalten Krieges. Dazwischen gab es Reden, Informationen, Aufführungen russischer Musik und russische Küche vom Feinsten, zubereitet von Mitgliedern des Vereins und des Filmhauses.

Die Veranstaltung zeigte: Die Städtepartnerschaft Köln-Wolgograd lebt und wird von einem recht aktiven Verein getragen.

Michael Kellner

Leserbrief

Ich muss leider meine Enttäuschung zum Ausdruck bringen, wie die Linke im Kölner Rat und Michael Kellner die ultimative Forderung nach einem „Muss“ der Bebauung am Rathaus zum Ausdruck bringen.

1980 gab es keinen Stopp einer Bebauung durch ein Bürgervotum. Sondern der damalige Souverän Rat der Stadt Köln hat sich der umstrittenen Frage angenommen, ob und wie der Platz am Rathaus bebaut werden soll. Seit den Bombenangriffen während des zweiten Weltkrieges war die Bebauung in der Innenstadt nahezu verschwunden. Das alte Rathaus wurde wieder aufgebaut und das neue Rathaus – der Spanische Bau – errichtet. Die Bevölkerung hat schon immer den Wunsch gehabt, die Freifläche zu erhalten. Aus der Politik kamen immer wieder die Wünsche für eine Bebauung.

Wie sollte entschieden werden? Der Rat der Stadt Köln entschied sich, die Frage mittels einer repräsentativen Bürgerbeteiligung ZU ENTSCHEIDEN. (Das ist was anderes als zu stoppen, wie Michael Kellner schreibt und er entwertet ganz bewusst diese Bürgerbeteiligung.)

Mittels der damals neuen Planungszelle der Universität Wuppertal – heute eine wegweisende Form der Bürgerbeteiligung – wurden 600 repräsentative BürgerInnen ausgewählt und diese hatten in mehreren Planungszellen sich eine Woche lang mit der Fragestellung der Zukunft des Platzes am Rathaus beschäftigt. ALLE Planungszellen kamen zu dem einheitlichen Ergebnis:

Antwort

auf den Leserbrief von Roland Schüler zum Artikel von Michael Kellner „Der Rathausplatz muss bebaut werden“

Ich habe nun schon mehrere schriftliche Äußerungen von dir zur Diskussion um den Bau der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums gelesen. Ich beobachte, dass du dich zunehmend zurückziehst auf das Argument der Bürgerbeteiligung. Der Rathausplatz darf deiner Ansicht nach nicht bebaut werden, weil 600 „repräsentative BürgerInnen“ sich gegen eine Bebauung des Platzes an der Mikwe ausgesprochen haben. Ich gebe dir Recht darin, dass es keinen „Stopp einer Bebauung“ durch ein Bürgervotum gegeben hat. Ich hätte vom Stopp einer „möglichen“ Bebauung sprechen sollen, denn die Überlegungen zur Bebauung gab es damals ja. Eine nachlässige Formulierung meinerseits, aber warum gleich eine „ganz bewusste Entwertung dieses Bürgerwillens“ durch mich? Als Mediator, wie es im Kopf deines Briefes heißt, solltest du mit Unterstellungen vorsichtiger sein.

Ich denke, du wirst zugeben, dass eine Bürgerbeteiligung in Form einer Befragung

- ▶ KEINE Bebauung des Platzes an der Mikwe, aber eine Platzgestaltung.
- ▶ Bebauung des Farina-Geländes (geschehen)
- ▶ Bebauung der Freifläche vor Alt St. Alban (heute Ungers-Bau des Wallraff-Richarts-Museums)

Der Rat der Stadt Köln hat dieses Ergebnis der Bürgerbeteiligung dann so beschlossen. Die Verwaltung hat zwar einen Wettbewerb zur Platzgestaltung am Rathaus vorgenommen, den Wettbewerbssieger aber nie umgesetzt. Warum wohl?

Generationen von PolitikerInnen – auch die verurteilten SPDler Rüter und Heugel – und Verwaltungen – wie Oberstadtdirektor Ruschmeier oder Beigeordneter Fruhner – haben viel in Köln angerichtet, aber dieses Votum des Volkes akzeptiert.

Heutige PolitikerInnen von SPD, GRÜNE, FDP und leider auch DIE LINKE ignorieren dieses Votum – werten es ab und entscheiden gegen den Bürgerwillen. Den damaligen Bürgerwillen und den heutigen Bürgerwillen. Der musste sich massiv Gehör verschaffen, weil das Volk gar nicht angehört wurde. Was hat die Fraktion DIE LINKE getan, um mindestens eine Bürgerbeteiligung, von einer Bürgermitsprache ganz zu schweigen, zu erreichen?

Da hatten selbst der OB und die Verwaltung eine höhere Aufmerksamkeit. Und machten so eine Befragung zu den Wettbewerbssiegern. Da haben sich viele qualifiziert geäußert, die Mehrheit war gegen eine Bebauung.

Auch schreiben die Regionale 2010-Kriterien eine intensive Bürgerbeteiligung vor. Diese fand meiner Meinung nach auch hier

von „600 repräsentativen BürgerInnen“ etwas anderes ist als ein Bürgerbegehren, das 20.000 Unterschriften erfordert. Und die zahlreichen Äußerungen zur Bebauung des Rathausplatzes, die es im Zusammenhang mit der Ausstellung der Architektenentwürfe gibt, erreichen nicht annähernd diese Zahl.

Dazu kommt: Durch die Ausgrabungen auf dem Rathausplatz haben sich die Voraussetzungen für die Frage einer Bebauung völlig geändert. Man hat inzwischen neue und einmalige Funde unter dem Rathausplatz freigelegt. Näheres kannst du bei einer der angebotenen Führungen erfahren. Soll das alles einfach zugeschüttet werden? Welch eine Ignoranz gegenüber dem weltweiten Umgang heute mit archäologischen Funden vor Ort! Welche Ignoranz gegenüber einer Minderheit in Köln, deren Gemeinde im Laufe der Geschichte mehrfach von Kölner Bürgern vertrieben und vernichtet wurde. Und welche Ignoranz gegenüber dem geschichtlichen Erbe Kölns. Und wie banal klingt dem gegenüber das Argument der Erhaltung des Rathausplatzes, der umgeben ist von zahlreichen, leider nicht sehr attraktiv gestalteten Plätzen.

Tatsächlich ist eines deutlich geworden, und das verschweigt die CDU bei ihrer Un-

nicht statt. Und DIE LINKE hat sie auch nicht eingefordert. Warum nicht? Angst vorm Bürgerwillen, der anders ist als der Fraktionswille? Der war ja eindeutig für eine Bebauung, wie Michael Kellner schreibt. Warum stellte sich die Linke Meinung nicht der Bevölkerung?

Sie macht es sich, wie alle anderen Parteien relativ leicht. Sie schimpft lieber auf einen Verleger und bezichtigt ihn der Kampagne. So einfach kann es sich die Fraktion machen: Ist ihre Meinung nicht passend zur Meinung der Bevölkerung (und die diversen Umfragen haben dies zum Ausdruck gebracht), dann ist es der Verleger schuld. Der hat das Volk verführt und wir, DIE LINKE wissen besser, was für das Volk ist.

Schade. Zweifach versagt: Zum einen ein absolut gutes Bürgervotum durch einen simplen Ratsbeschluss aufzuheben ohne Bürgerbeteiligung und zum anderen bei einem aktuellen Projekt keine angemessene Bürgerbeteiligung zu fordern oder selbst durchzuführen.

Und dazu in einem Artikel das alte Bürgervotum zu entwerten und die neuen Bürgerproteste als üble Kampagne des Kölner Stadt Anzeigers zu verleumden.

Eine Bitte habe ich noch: Lasst bitte die Forderung nach Bürgerbeteiligung aus Eurem Wahlprogramm für 2009. Ihr macht Euch sonst lächerlich. Danke.

Roland Schüler



terschriftenkampagne: Will man die Ausgrabungen begehbar machen – und selbst die CDU kommt daran nicht vorbei – dann kann der Rathausplatz nicht so, wie er ist, erhalten werden. Die Ausgrabungen müssen geschützt werden. Und da bietet sich der Bau eines Hauses der Jüdischen Kunst und Kultur, wie es richtigerweise inzwischen heißt, über dem alten Zentrum der Jüdischen Gemeinde an.

Noch ein Letztes: Der „Bürgerwille“ scheint für dich über Allem zu stehen. Würdest du auch einen Bürgerwillen gegen die Moschee in Ehrenfeld akzeptieren? Oder gegen das Tragen von Kopftüchern in Schule und Universität? Eine Stadtregierung muss das Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Blick haben. Schwimmbäder gehören zum Beispiel dazu, der Köln-Pass, der Erhalt von städtischem Eigentum, gleiche Rechte für alle und vieles mehr. Und sicher auch, die Spuren der Geschichte der eigenen Stadt nicht zu verwischen, sondern zu achten und allen zugänglich zu machen.

Michael Kellner

Keine Privatisierung der Friedhöfe

Stolz sind wir Kölner, stolz darauf, dass unser Rheinpark zum schönsten Park Deutschlands und zum zweit schönsten Europas gewählt wurde. Stolz sind wir auch auf die Flora und den Botanischen Garten, wo immerhin die erste Palmenallee Deutschlands steht. Auf die Grüngürtel wird immer wieder mit Stolz hingewiesen und der Rat der Stadt Köln beschloss einstimmig eine Bewerbung zur Bundesgartenschau ins Auge zu fassen.

Bei so viel Stolz auf die städtischen Gärtnerinnen und Gärtner will es gar nicht passen, dass nun in einem anderen Grünbereich die Privatisierung Einzug halten soll. Die noch zu verabschiedende Friedhofssatzung sieht in ihrem jetzigen Entwurf vor, dass große Friedhofsareale oder ganze Friedhöfe in der Pflege und Gestaltung an so genannte „Kooperationspartner“ übergeben werden sollen. Die Fraktion DIE LINKE. Köln lehnt diese Privatisierung ab und hat beantragt, dass die Stadt die 45 seit langem vakanten Stellen im Bereich Friedhöfe extern besetzen soll. Mit dem vorhandenen Wissen und zusätzlichen Arbeitskräften sind die städtischen Gärtner dann durchaus in der Lage alternative und herausragende Begleitgrün- und Bestattungsflächen zu modellieren und zu gestalten.

Welche Blüten die Privatisierung der Friedhöfe treibt, ist derzeit auf dem Melatenfriedhof zu besichtigen. Dort wurde erst durch Intervention des Rechnungsprüfungsausschusses eine nicht genehmigte und nicht gebilligte Baumaßnahme gestoppt. Die Verwaltung selbst spricht von einer „illegal errichteten Grabanlage“. Die augenscheinlichen Auftraggeber dieser Baumaßnahme sollen in den Vorberatungen zur Neufassung der Friedhofssatzung auf diese Möglichkeit der Privatisierung gedrängt haben.

DIE LINKE. Köln wird weiterhin in Rat und Ausschüssen, mit Anfragen und Anträgen gegen die Privatisierung und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze kämpfen.

HP Fischer

KAB und DIE LINKE gemeinsam gegen Ladenöffnungen bis 24 Uhr

Die Katholische Arbeitnehmerbewegung KAB hat sich vehement gegen die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten bis 24 Uhr an Messetagen gewandt. Die KAB-Vorsitzende Hildegard Lülldorf bezeichnet das als „familienunfreundlich“. Für solche Öffnungszeiten setzte sich der Messe-Chef Gerald Böse und der Geschäftsführer von City-Marketing Michael Maletz ein. Anlässlich der Photokina soll am Samstag, dem 27. September eine sogenannte Kölner Shopping Night zum ersten Mal organisiert werden. Die Geschäfte sollen dann bis 24

Laufen für die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim

Das linke Wohn- und Lebensprojekt Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM) will mehr Arbeitsplätze schaffen. Dafür will es eine Mehrzweckhalle auf dem Gelände Am Faulbach in Köln-Mülheim ausbauen. Um Spenden zu sammeln, mussten Vertreter aus Politik und Kultur sportliche Höchstleistungen erbringen. Vorher hatten sie Sponsoren gesammelt, die sich verpflichteten, für jede gelaufrunde einen bestimmten Betrag an das SSM zu zahlen.

Für DIE LINKE schwitzten der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen und vom Vorstand des Kreisverbandes Sprecher Hans Günter Bell sowie Nijat Bakis für die gute Sache.

Uhr geöffnet werden.

Der KAB hatte alle Ratsfraktionen aufgefordert, die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten zu stoppen. Da der Gesetzesrahmen solche Öffnungen inzwischen möglich macht, kann das nur freiwillig geschehen.

In einem Gespräch mit der Katholischen Arbeitnehmerbewegung machte der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen deutlich, dass DIE LINKE den KAB unterstützen wird: „Jetzt wird auch das Wochenende für die Beschäftigten zerstört. Bei den langen Öffnungszeiten brauchen die Beschäftigten nicht noch Nacharbeit am Samstag“, stellt die Fraktion klar.

Am Samstag, den 27. September werden sich Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion an einer Begehung beteiligen, zu der die KAB eingeladen hat.

Jörg Detjen

Arbeitslosenzentren: Stadt übernimmt Landeszuschüsse

Informations- und Beratungsstellen für Arbeitslose wie das Kölner KALZ wurden bislang von Stadt und Land gefördert. Doch die schwarz-gelbe Landesregierung sieht deren Arbeit anscheinend als überflüssig an. Mit unverschämter Selbstverständlichkeit wird hier wieder einmal an denen gespart, die sich wegen fehlendem Mediengeld und kaum Geld schlecht wehren können.

In dieser Ratssitzung soll der Beschluss gefasst werden, dass die Stadt Köln hier einspringt und die gekürzten Finanzmittel aus ihrem Haushalt zahlt. Das sind für 2008 noch 56.000 Euro. 2009 kostet das Köln bereits 260.000 Euro. Da das Geld bereits im Haushaltsplan enthalten ist, gilt die Verabschiedung als sicher.

Andrea Kostolnik

Zweitwohnungssteuer erneut im Rat

Die Frage der Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Köln ist am 25. September erneut Thema im Stadtrat. Ein Antrag der FDP-Fraktion, der sich mit dem Problem der Doppelbesteuerung in diesem Zusammenhang befasst, steht hierzu auf

der Tagesordnung. Für DIE LINKE ergibt sich hieraus die Möglichkeit, die Diskussion zu dieser Steuer, die vor allem Studierende in unserer Stadt trifft, neu anzustoßen.

Hierbei ist zu beachten, dass in den verschiedenen Entscheidungen der Oberwaltungsgerichte in diesem Lande durchaus widersprüchliche Urteile zustande gekommen sind. So sind die Urteile des rheinland-pfälzischen und des mecklenburg-vorpommerschen OVG als Argumente gegen eine Zweitwohnungssteuer zu sehen. Ein aktuelles Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 17. September dieses Jahres eröffnet nun Möglichkeiten, die Anforderungen an die Frage, was eine „Erstwohnung“ ist, strenger zu gestalten, wie z.B. die Frage der rechtlichen Verfügungsberechtigung über die Erstwohnung. Im Moment wird bereits das Vorhandensein eines „Kinderzimmers“ am gemeldeten Hauptwohnsitz als eine „Erstwohnung“ gedeutet.

Phillip Becher

Rassistische Hetze auf dem Rücken des Sport

Mit ihrem Antrag zur kommenden Ratssitzung am kommenden Donnerstag, den 25. September, eröffnet die „pro Köln“-Fraktion ein weiteres Mal das Feuer gegen Migrantinnen und Migranten. Mit „Gewalt bei Fußballspielen“ überschrieben, wälzt „pro Köln“ gewalttätige Ausschreitungen auf Fußballplätzen, rassistischen Denkmustern entsprechend, auf den Migrationshintergrund einiger der Beteiligten ab. Bereits vor einem Jahr setzte sich „pro Köln“ in der Ratssitzung vom 13. Dezember 2007 dagegen ein, dass vorwiegend in sozialen Brennpunkten oder Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil Fußballplätze errichtet werden sollten.

Nun versuchen sie sich ein weiteres Mal als Retter des Sportes aufzuschwingen, obwohl sie von der Materie keine Ahnung haben. Erwähnt sei hier der Brief von „pro Köln“-Fraktionsgeschäftsführer Manfred Rouhs an den Ex-Präsident von Fortuna Köln, Jean Löring – der bereits am 6. März 2005 verstorben war!

Üblicher Antragsinhalt und eklatanter Kompetenzmangel seitens „pro Köln“ mischen sich auch hier wieder zur bekannten braunen Soße.

Phillip Becher

Platzj abbeck

Bitte **kosten** los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

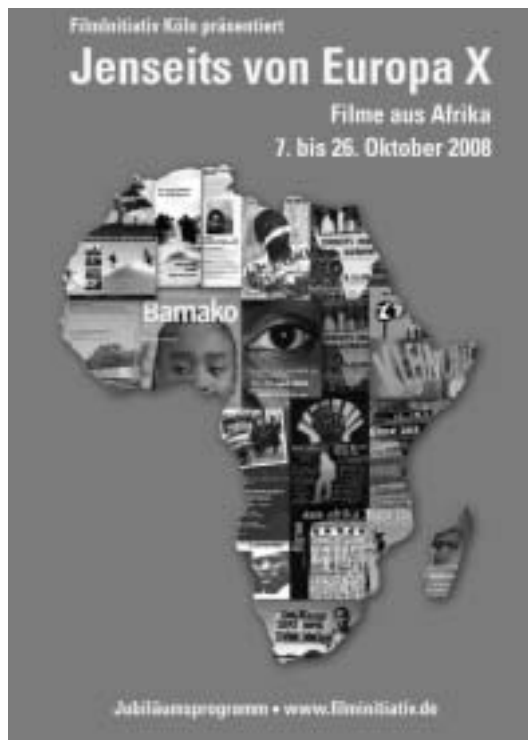
Jenseits von Europa X, das 10. Afrika-Filmfestival in Köln

Bereits zum zehnten Mal präsentiert FilmInitiativ Spielfilme, Dokumentationen und Kurzfilme aus Afrika. Ziel der ehrenamtlich arbeitenden Gruppe ist bis heute „Mit Film politisch zu intervenieren“. Neben anderen historischen und gesellschaftspolitischen Reihen etablierte man ab 1992 das Afrika-Filmfestival „Jenseits von Europa“.

Anstoß zum Festival gab der 500. Jahrestag der Kolonialisierung des amerikanischen Kontinents, den Basisorganisationen und Initiativen in Lateinamerika und Europa zum Anlass nahmen, mit Lesungen, Konzerten und Filmen auf die verheerenden Folgen europäischer Kolonialgeschichte zu verweisen. Das war der Grund für FilmInitiativ, eine erste Reihe westafrikanischer Spiel- und Dokumentarfilme in Köln zu präsentieren. Wenig später folgte ein zweites Programm mit Filmen aus weiteren Regionen Afrikas.

Das umfangreiche Jubiläumsprogramm des Kölner Afrika-Filmfestivals „Jenseits von Europa X“ bietet die Chance, den inhaltlichen und stilistischen Reichtum afrikanischer Filme, die sonst nur ganz vereinzelt in hiesige Kinos oder ins Spätprogramm des Fernsehens gelangen, zu entdecken. Vom 7. bis zum 26. Oktober werden über 40 Spielfilme, Dokumentationen und Kurzfilme aus 16 Ländern Afrikas präsentiert. Zehn RegisseurInnen sind eingeladen, um über ihre Produktionen mit dem Publikum zu diskutieren.

Thematisiert wird unter anderem der Genozid in Ruanda, der politische Widerstand in Marokko, die Ausbeutung junger Mädchen in Tunesien, das Vordringen radikal-islamischer Gruppen und verschiedene verdrängte Kapitel afrikanischer (Kolonial-) Geschichte.



„Ob es in Spielfilmen um die Diskriminierung von Frauen, die Lage von Straßenkindern oder die Probleme afrikanischer MigrantInnen in Europa geht und ob die Themen in Form von Tragödien oder Komödien präsentiert werden, so plädieren die RegisseurInnen mit ihren cineastischen Mitteln doch stets für die Veränderung der Verhältnisse, die zu den von ihnen kritisierten Zuständen geführt haben.“ (Programmheft)

Aufgrund zu geringer öffentlicher Förderung ist das Festival allerdings in seinem Bestand bedroht.

Um das Niveau zu halten, sehen es die Veranstalter als notwendig an, im Gegensatz zur im Moment rein ehrenamtlich geleisteten Arbeit zwei Honorarkräfte für die inhaltliche und die organisatorische Abwicklung bereit zu stellen.

Detaillierte Angaben über alle Veranstaltungen vom 7. bis 26. Oktober gibt es unter:

www.filminitiativ.de

Felix Schulte

Termine... Termine...

Fr, 26.9., 17 Uhr

Kommunalwahlprogramm, Bereich Jugend und Schule
Parteibüro, Metzger Str. 24

Mo, 29.9., 18 Uhr

Kommunalwahlprogramm, Bereich Gesundheit
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuburg, Gülichplatz 3

Di, 30.9., 19 Uhr

Kommunalwahlprogramm, Bereich Kunst/Kultur/Medien
Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3

Mi, 15.10., 19 Uhr

Frauenpolitischer Ratschlag zum Kommunalwahlprogramm
Parteibüro, Metzger Str. 24

Sa, 1.11., 11-17 Uhr

Solidarische Stadt
Kommunalpolitische Tagung der LINKEN. Köln
Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer Str. 58
Themen: gegen Rechts, Interkulturelles Köln, Kultur/Medien, Öffentliche Daseinsvorsorge, Soziales/Hartz IV, Kommunale Demokratie, Verkehr, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Wohnen.